



**Stand vom Montag**  
1 US \$ = 0,793 Euro  
1 Euro = 1,260 US\$

### Das ideale Geschenk

Bestell Coupon auf Seite 2



**Französischer Rotwein schützt Herz besser als deutscher**

Seite 5



**Wenn Marotten zu Neurosen werden**

Seite 15



**Deutschland-Georgien 2:0**

Seite 11

## NACHRICHTEN

### Kaffee ist gesund

**Montpellier** (dpa) - Er schmeckt, und seinen Ruf als krebsförderndes, magenbelastendes und herzscheidendes Getränk hat der Kaffee nicht verdient. Kaffee habe positive Folgen für die Gesundheit, sagten Forscher bei einem Kongress in Montpellier. Er könne sogar das Diabetes- und Parkinson-Risiko mindern.

### Kanzlerin fordert Geschlossenheit

**Berlin** (dpa) - Bundeskanzlerin Angela Merkel hat angesichts des gereizten Klimas SPD und Union zu gegenseitigem Respekt und zu Geschlossenheit aufgefordert. Da seien beide Seiten gefordert, sagte sie im ZDF. Es müsse Schluss damit sein, dass die Ministerpräsidenten der Union unentwegt angegriffen werden. Merkel bedauerte aber auch, dass aus einigen unionsgeführten Bundesländern zu stark Bedenken über den Kompromiss zur Gesundheitsreform geäußert worden seien. Auch SPD-Chef Kurt Beck mahnte zur Geschlossenheit.

### Elf Millionen Euro für Beamten-Flüge

**Berlin** - Mitarbeiter von Bundesministerien haben auf der Strecke Bonn-Berlin im vergangenen Jahr elf Millionen Euro Flugkosten verursacht. Wegen der Aufteilung der Ressorts zwischen dem ehemaligen Regierungssitz und Berlin buchte der Bund 2005 insgesamt 125 000 Flüge, berichtet das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“.

### Babyleiche im Biomüll

**Passau** (dpa) - Das vor einer Woche in einer Passauer Müllsortieranlage entdeckte Baby ist nach Angaben der Mutter bereits tot zur Welt gekommen. Die junge Frau hat sich nach Angaben der Ermittler vom Montag am Sonntagabend der Polizei gestellt. Das Kind habe sie bei einer Sturzgeburt auf der Toilette geboren, sagte die Mutter aus. Das Mädchen habe keine Lebenszeichen von sich gegeben. Deswegen habe sie das Neugeborene in die Biotonne geworfen. Bis dahin habe sie nichts von der Schwangerschaft bemerkt. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft sind die Ausführungen der Frau glaubhaft. Die genaue Identität der Mutter gebe die Ermittler nicht bekannt.

Erster Atomwaffentest

## Nordkorea schockt die Welt



**Nordkoreas Militärmachthaber Kim Jong Il in Pjöngjang** (Archivfoto). Nordkorea hat nach eigenen Angaben einen Atomwaffentest unternommen. EPA/KCNA +++(c) dpa

**Seoul/Tokio** (dpa) - Nordkorea hat sich über internationale Warnungen und Sanktionsandrohungen hinweggesetzt und nach eigenen Angaben erstmals einen Atombombentest unternommen. Der unterirdische Versuch sei sicher und erfolgreich gewesen, hieß es am Montag in den offiziellen Medien des kommunistischen Landes. Es habe nicht die Gefahr eines Austritts von Radioaktivität bestanden. Während der Umfang der Explosion und deren Sprengwirkung noch unklar waren, wurde Nordkoreas Verhalten weltweit als Provokation verurteilt. Nordkorea hatte den Test am vergangenen Dienstag angekündigt, ohne einen konkreten Zeitpunkt anzugeben.

Das russische Verteidigungsministerium bestätigte einen Atomtest in Nordkorea. Russische Nuklearkontrollsysteme hätten um 5:35 Uhr Moskauer Zeit (3:35 Uhr MESZ) die Durchführung einer unterirdischen Atomexplosion in Nordkorea registriert, meldete die Nachrichtenagentur Interfax unter Berufung auf das Verteidigungsministerium in Moskau. Die UN-Behörde zur Überwachung des internationalen Atom-Teststoppabkommens (CTBT) in Wien bestätigte den Atomtest indirekt. „Unsere Überwachungsgeräte haben eine seismische Erschütterung in dem fraglichen Gebiet registriert“, sagte ein Sprecher.

Die USA erwarteten vom Welt-Sicherheitsratsvorsitzenden als Antwort auf diesen „nicht provozierenden Akt“, hieß es in einer in einer Erklärung des Weißen Hauses in Washington.

Die südkoreanische Regierung bekräftigte, Nuklearwaffen in Nord-

korea niemals tolerieren zu wollen. Die südkoreanischen Streitkräfte seien auf der Grundlage der Allianz mit den USA bereit, mit jeglichen provokativen Handlungen durch Nordkorea umzugehen, hieß es weiter. Der neue japanische Ministerpräsident Shinzo Abe, der gerade zu Besuch in Südkorea ist, nannte den Atomtest „unverzeihlich“. Jede Provokation Nordkoreas sollte jedoch mit „kühlem Kopf“ behandelt werden.

Auch die Atommacht China, die bisher gute Kontakte zum Regime in Pjöngjang pflegte, verurteilte den Atomwaffentest mit scharfen Worten.

Der Test beglücke die nordkoreanische Volksarmee und die Bevölkerung und entspreche ihrem Wunsch nach einer „machtvollen selbstständigen Verteidigungskapazität“, meldete die nordkoreanische Nachrichtenagentur KCNA. Nordkorea hatte die Testpläne mit der angeblichen nuklearen Bedrohung, den Sanktionen und dem Druck der USA begründet.

Die Regierung in Seoul berichtete unter Berufung auf das staatliche Geologie-Forschungszentrum, dass in einer abgelegenen Gegend der Provinz Nord-Hamgyong im Nordosten Nordkoreas eine Erdschütterung mit einer Stärke von 3,7 gemessen worden sei. Laut Experten war die Explosion jedoch von vergleichsweise geringem Ausmaß. US-Medien berichteten, Nordkorea habe China weniger als eine Stunde vor der Zündung über die bevorstehende Aktion informiert. Die Regierung in Peking habe dann die dortige US-Botschaft unterrichtet, die sofort US-Außenministerin Condoleezza Rice kontaktiert habe.

## Merkel will mit Putin offen über Menschenrechte sprechen

**Berlin/Dresden** (dpa) - Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) will am Dienstag in Dresden mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin offen über den Mord an der regierungskritischen Journalistin Anna Politkowskaja und die Georgien-Krise sprechen. Putin nimmt in der Elbe-Stadt zusammen mit Merkel am „Petersburger Dialog“ teil. Danach beraten beide intern über internationale Fragen. Das Gespräch auch über Menschenrechte werde „offen und partnerschaftlich“ sein, sagte Regierungssprecher Ulrich Wilhelm in Berlin.

Die Bundesregierung sei „verärgert und empört“ wegen des Mordes an der Reporterin, sagte Außenamtssprecher Martin Jäger. „Das Verbrechen darf nicht ungesühnt bleiben.“ Die 48-jährige Politkowskaja war wegen ihrer Berichte über den Tschetschenien-Krieg international bekannt. Sie war am Samstag in ihrem Moskauer Wohnhaus von

einem Unbekannten erschossen worden.

Der deutsch-russische „Petersburger Dialog“ begann am Montag mit einer Schweigeminute für Politkowskaja. Ihr Tod soll auf der zweitägigen Konferenz nicht nur in der Arbeitsgruppe „Medien“ eine Rolle spielen, kündigte Lothar de Maizière als Chef des deutschen Ausschusses für das Forum an. Bereits zuvor hatte der frühere sowjetische Präsident Michail Gorbatschow Politkowskaja als „wunderbare Frau und hervorragende Journalistin“ gewürdigt. Das Verbrechen sei auch ein Schlag gegen Freiheit und Demokratie, sagte er.

Das Gesprächsforum steht unter dem Motto „Deutschland und Russland in europäischer Verantwortung“ und vereint etwa 200 Vertreter beider Länder. Putin und der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hatten die Konferenz 2001 als Forum für den offenen Dialog gegründet. Seither

## US-Terrorfahnder bekommen europäische Passagierdaten

**Luxemburg** (dpa) - Alle amtlichen Terrorfahnder in den USA bekommen künftig europäische Fluggastdaten von einer zentralen Stelle. Die Amerikaner sollen aber keinen direkten Zugriff auf die Angaben der europäischen Buchungssysteme mehr bekommen, vereinbarten die Europäische Union und die USA in der Nacht zum Freitag. Sie lösten damit einen wochenlangen Streit um den Schutz der Passagierdaten. Dieser war unklar, seit ein Ab-

kommen dazu ausgelaufen war.

Die Fluggesellschaften stellten wie gehabt bis zu 34 verschiedene Angaben pro Passagier zur Verfügung, sagte der europäische Chefverhandlung Jonathan Faull. Die Daten würden an das US-Heimatschutzministerium übermittelt. Das Ministerium könne sie an alle Behörden weiterleiten, die den Terror bekämpfen und gewisse Datenschutzbestimmungen einhalten. „Dazu gehört sicherlich das FBI, aber das ist nicht neu“, sagte

Faull. Der Generaldirektor der EU-Kommission fügte hinzu: „Den Fluggastpassagieren können wir sagen: Sie können fliegen und für ihre Sicherheit ist gesorgt.“

Das neue Abkommen gilt zu nächst nur provisorisch bis Ende Juli 2007. Bis dahin muss vor allem unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des nächsten Jahres eine endgültige Lösung ausgehandelt werden. Faull bezeichnete dieses Vorhaben als ehrgeizig. ▶ Seite 2

## Deutsche Welle trauert um ermordete Mitarbeiter

**Bonn/Kabul** (dpa) - Die Mitarbeiter der Deutsche Welle (DW) haben in einer Schweigeminute der beiden in Afghanistan getöteten deutschen Journalisten gedacht. „Beide sind sehr beliebt gewesen und wurden von uns hoch geschätzt“, sagte DW-Intendant Erik Betermann am Montag in der Zentrale des deutschen Auslandsenders in Bonn. Die 30-jährige Karen Fischer und der 38 Jahre alte Christian Struwe waren in der Nacht zum Samstag erschossen worden, als sie in Nordafghanistan nahe einer Straße in einem Zelt übernachteten.

Das Motiv der Tat sei weiter unklar, sagte Betermann. Fischer und Struwe seien in einem „privaten Rechercheaufenthalt“ unterwegs gewesen. Sie hätten zwar Kontakt zur Redaktion gehabt, aber es habe keinen Auftrag des Senders gegeben. „Im Moment schicken wir keine Reporter nach Afghanistan.“ Die DW setze aber ihre Arbeit in Afghanistan mit dem Training einheimischer Kräfte fort.

Betermann forderte die afghanischen Behörden, die internationale Schutztruppe ISAF und den Partnersender Radio Television Afghanistan auf, die Hintergründe der Tat aufzuklären. Das Fahrzeug der beiden Journalisten sei von Gewehrsalven durchlöchert gewesen. Die beiden Leichen befinden sich nach Angaben Betermanns in der deutschen Botschaft in Kabul. Es sei noch unklar, ob sie dort auch obduziert und wann sie freigegeben würden.

Es sei noch nicht zu Festnahmen gekommen, die Fahndung laufe weiterhin, sagte der Sprecher der afghanischen Innenministeriums, Semarai Baschari. Der Gouverneur Baghlans, Sajed Ekram Masumi, sagte, man gehe



Die deutsche Journalistin Karen Fischer (l) begleitet in Kabul eine Patrouille der Bundeswehr, die vor der Präsidentenwahl Flugblätter verteilt (Archivfoto). Foto: Can Meray dpa

inzwischen von vier Verdächtigen aus. Zuvor hatte er von bis zu sechs Verdächtigen gesprochen. Die Vereinten Nationen in Afghanistan verurteilten die „abscheuliche“ Tat und forderten eine zügige Aufklärung.

Die beiden freien Mitarbeiter der Deutschen Welle sind die ersten deutschen Journalisten, die seit dem Sturz des Taliban-Regimes Ende 2001 in Afghanistan getötet wurden. Die radikal-islamischen Taliban haben jede Verantwortung für die Morde abgestritten. Auch das afghanische

Innenministerium geht nicht davon aus, dass die Rebellen für die Tat verantwortlich sind. Ein Raubüberfall wurde von den Behörden aber ebenfalls ausgeschlossen.

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) reagierte mit Bestürzung auf die Ermordung von Karen Fischer und Christian Struwe und rief Journalisten in Kriegsgebieten zu äußerster Vorsicht auf. Der DJV-Bundesvorsitzender Michael Konken warnte vor allem freie Journalisten ohne Fronterfahrung vor Risikoeinsätzen.

Erstmals in Deutschland:

## Masterstudiengang zum Gesundheitsmanager

**Bielefeld** (dpa/hw) - Berufstätigen aus dem Gesundheits- und Sozialwesen bietet die Universität Bielefeld den bundesweit ersten Studiengang zum Gesundheitsmanager mit Masterabschluss. Voraussetzung für die Ausbildung zum „Master of Health Administration“, die im April 2007 starte, seien ein Hochschul-

studium sowie zwei Jahre Berufserfahrung, teilte die Universität Bielefeld am Mittwoch mit. Der Studiengang solle die Qualifikation für Entscheidungen in Führungspositionen vermitteln, sagte Prof. Klaus Hurrelmann, Studienleiter des Weiterbildungsangebots. Bewerbungen seien bis Ende Januar 2007 möglich.

## Notfalls für Kinder Nebenjob annehmen

**Karlsruhe** (dpa) - Hausmänner müssen einen Nebenjob annehmen, wenn dies für den Unterhalt ihrer Kinder aus erster Ehe notwendig ist. Das hat der Bundesgerichtshof (BGH) am Donnerstag entschieden. In dem Fall ging es um einen Brasilianer, der in seiner zweiten Ehe den Haushalt und die Betreuung der drei Kinder übernommen hatte, weil seine Frau als Diplompädagogin deutlich mehr verdiente.

Laut BGH ist ihm ein Nebenberuf in Höhe von 325 Euro im Monat zumutbar, um zugleich zum Unterhalt seiner beiden minderjährigen Kinder aus erster Ehe beizutragen. Außerdem muss er ihnen das zukommen lassen, was ihm an „Taschengeld“ von seiner Frau zusteht. Damit bekräftigte das Karlsruher Gericht seine so genannte

„Hausmannrechtsprechung“. Danach darf, wer Unterhaltspflichten für Kinder aus einer früheren Ehe hat, in zweiter Ehe trotzdem den Haushalt übernehmen, wenn das „gewichtige Vorteile“ für die neue Familie bringt. Das war hier deshalb der Fall, weil der Mann wegen Sprachproblemen und einer nicht anerkannten Bauzeichnerausbildung deutlich weniger verdient hätte als seine Frau. Allerdings ist ihm dann eine Nebentätigkeit zumutbar, deren Umfang im Einzelfall geklärt werden muss.

Zugleich präziserte der BGH seine Rechtsprechung in einem Punkt: Es bleibt auch dann bei dem Anspruch gegen den Hausmann (oder auch die Hausfrau), wenn der Verdienst aus einem Vollzeitjob so gering ausfallen würde, dass weniger oder gar nichts für den Unterhalt übrig bliebe.

PERIODICALS MAIL

POSTMASTER: MUST BE DELIVERED BY OKT. 14, 2006